

fensive gegen Bonner Ignoranz und Dilettantismus.

Im vertraulichen Protokoll der BDI-Sitzung am 23. November ist festgehalten: „Den Politikern müßten... die Gefahren der Situation sehr deutlich vor Augen geführt werden. Im Inland laufe die Bundesregierung Gefahr, die ihr bisher in wirtschafts- und finanzpolitischer Hinsicht zuerkannte Kompetenz ernsthaft zu verspielen.“

BDI-Präsident Tyll Necker begründete laut Protokoll den Appell: Er habe den Eindruck, daß „dieses zentrale wirtschaftliche Problem von Politik und Öffentlichkeit leider immer noch nicht in seiner ganzen Tragweite verstanden“ sei.

Bei einem vorweihnachtlichen Plausch am Kanzler-Kamin erduldeten die prominenten Gäste, darunter Reuter (Daimler), Karlheinz Kaske (Siemens), Wolfgang Hilger (Hoechst), Klaus Luft (Nixdorf), Necker (BDI), Klaus Murmann (BDA), tapfer eine längliche Suda des Gastgebers über außenpolitisch Bekanntes und wirtschaftlich verwirrende Sachverhalte.

In der Diskussion zum Thema „Industriestandort Bundesrepublik“ rechnete Necker dann seinem Oldesloer Schul- und Duz-Freund Stoltenberg vor, daß die Steuerreform die Unternehmen nicht ent-, sondern mit drei Milliarden Mark zusätzlich belaste.

Wo immer sich Unternehmer in diesen Tagen zusammenhocken, beginnt das Lamento übers Tollhaus Bonn. Im Kreise seiner Branchenkollegen gewährte der Verbandsvorsitzende der Zigarettenindustrie, Günter Wille, Einsicht in Dokumente Bonner Schludrigkeit. Er erhielt am 4. Januar ein Schreiben des Finanzstaatssekretärs Günter Obert, „daß zur Zeit Änderungen der Tabaksteuer nicht zur Diskussion stehen“. Am 8. Januar folgte eine offizielle Bestätigung. Am Vortag aber hatte Stoltenberg, angetrieben von Kohl, den Kabinettsbeschluss über die bevorstehende Erhöhung der Steuern auf Benzin, Alkohol und Tabak verkündet. Wille: „Da kann man nur den Kopf schütteln, keinerlei Verständnis für die Bedürfnisse der Industrie.“

Sogar am Kabinettsstisch muß sich Kohl samt seinem entnervten Stoltenberg grobe Fehler vorhalten lassen – aus berufenem Mund. Bundesbankpräsident Karl Otto Pöhl rügte am vorigen Montag im Wirtschaftskabinetts Kohls Entscheidung, bereits jetzt eine Steuererhöhung für 1989 anzukündigen. Defizite im Haushalt zurückzufahren sei vernünftig, aber nur, wenn man genau wisse, daß sich die Konjunktur nicht noch weiter verschlechtere. Und er, immerhin der höchstbezahlte unabhängige Experte im Staatsdienst, beurteilte die Wachstumschancen im nächsten Jahr sehr skeptisch.

Kohl, der von Amts wegen alles besser weiß, wollte das alles gar nicht hören: „Die soliden Finanzen sind und bleiben das Gütesiegel meiner Politik.“

Dazu fiel Pöhl nichts mehr ein.



Strauß, schwarze Gewerkschafter: „Durch Revolution kaputtgemacht“

„Das macht ihm keiner nach“

SPIEGEL-Reporter Jürgen Leinemann über Strauß im südlichen Afrika

In der weißen Mittagssonne Afrikas blitzt der goldene Stern am Revers des Besuchers wie ein Leuchtfener. Franz Josef Strauß, seit jeher ein trotziger Bekenner gegen eine Welt von Widersachern, betritt am Donnerstag vergangener Woche den Boden Namibias, der widerrechtlich von Südafrika verwalteten und militärisch besetzten ehemaligen Kolonie Deutsch-Südwest, demonstrativ als Freund des weißen Burenregimes am Kap.

„I am a Capetowner“, hatte er stolz drei Tage zuvor seinem Freund, dem südafrikanischen Außenminister „Pik“ Botha, zugeflüstert und dabei fast zärtlich über den Orden gestrichen, den ihm die Südafrikaner 1984 in München verliehen hatten. Da muß „Pik“ Botha, seinem bayrischen Besucher an Trinkfestigkeit, Sentimentalität und politischem Showtalent ähnlich, die Chance gewittert haben für eine rührselige Inszenierung deutsch-burischer Verbundenheit.

Etwa 500 Gäste sind in die alte Präsidenten-Villa von Pretoria gekommen. Einen „Querschnitt durch unsere Gesellschaft“ nennt Gastgeber Botha die Elite des Apartheid-Staates, in dem knapp fünf Millionen Weiße mit Hilfe von Sondergesetzen, Ausnahmerecht und einem brutalen Polizeiapparat 25 Millionen schwarze Südafrikaner brutal unterdrücken. Unter den Geladenen sind die schwarzen und andersfarbigen Südafrikaner eine so auffällige Minderheit, daß Botha nachträglich noch eine Gruppe mit Goldketten behängter Bürgermeister herbeizitiert läßt.

Die Stimmung an diesem Abend ist befremdlich gefühlsbeladen, aggressiv und weinerlich zugleich. Die Weißen im südlichen Afrika fühlen sich mißverstanden und verfolgt. Nun aber hat aus einer Welt von Feinden endlich einmal einer, der sich als deutscher Staatsmann vorstellt, den Weg zu ihnen gefunden.

Neben dem hochgewachsenen, eleganten Botha, dessen Stimme in den Tiefen pastoraler Gefühlsregister wühlt, scheint Strauß mit hochrotem Kopf und tränenden Augen vor Rührung und Stolz zugleich aufzuschwellen und in den Boden zu wachsen. Bothas Solo gipfelt in dem Aufruf, der Besuch des Franz Josef Strauß sei eine „frische Brise“ für sein Land, „eine Demonstration des Mitgefühls“.

Ob Bundeskanzler Helmut Kohl eine solche Demonstration der Einfühlung in die Seelenqualen der Täter gemeint hat, als er Franz Josef Strauß in Marsch setzte mit der Bitte, „alles zu tun, um die explosive Situation in Südafrika abzubauen“?

Franz Josef Strauß muß ihn wohl so verstanden haben. An Solidarität mit verfolgten Verfolgern hat es ihm noch nie gefehlt. Das ist seine eigene Lieblingsrolle. Und mit hektischer, sich überschlagender Stimme, in bayrisch grundiertem Englisch, gibt er den Buren einen kleinen politischen Abriß seines Märtyrerdaseins als ewig Mißverständener auf der deutschen politischen Bühne. Und dann holt er zur großen Gegengeste aus: „Nie in meinem 40jährigen politischen Leben habe ich eine so ungerechte

und unfaire Behandlung eines Landes erlebt, wie sie Südafrika widerfährt.“

Da dröhnt die Halle vom Beifall starker Burenhände. Selbst alten Herren laufen Tränen über die Wangen. Die als Delegation verkleidete Strauß-Claque kann sich vor stolzer Aufregung kaum fassen: „Das macht ihm keiner nach.“ Gewiß nicht, möchte man hoffen.

Ob Bundeskanzler Kohl solche Auftritte im Sinne hatte, als er die Strauß-Reise nach Südafrika als einen Beweis dafür sehen wollte, „daß wir dort nicht schüren“? Die Entscheidung dieses Boten, der ein scharfer Rivale und Kritiker des Bonner Außenministers Hans-Dietrich Genscher ist, wunderte von Anfang an nicht nur dessen Diplomaten. Hatte Kohl nicht wissen wollen, daß Strauß die Abschaffung der „politischen Apartheid“ schon immer für „unverantwortlich“ und die Forderung nach einer formalen demokratischen Gleichstellung der schwarzen Mehrheit für „nicht wünschenswert“ gehalten hat?

Vertreter der United Democratic Front, jener Dachorganisation von über 700 oppositionellen Gruppen, in der der legale Widerstand organisiert ist, fielen damit als Gesprächspartner von Strauß von vornherein aus. Ganz zu schweigen von der auf gewaltsamen Widerstand bestehenden südafrikanischen Befreiungsbewegung ANC, deren Führer Nelson Mandela seit mehr als 25 Jahren in Haft sitzt.

Mit Terroristen spricht Strauß eben nicht – wenigstens nicht mit allen. Der Führer der für Südafrika in Angola kämpfenden Freischärler „Unita“, Jonas Savimbi, darf sogar in die Jagdgründe des Bayern am Rande der Kalahari-Wüste einfliegen, wo der bei einem Landsmann aus Augsburg zusammen mit Botha Antilopen schießt.

Nein, Tatsachen will Franz Josef Strauß auf seiner „fact finding mission“ gewiß nicht überall finden, und wen er unter diesen Umständen befrieden und versöhnen will, bleibt sein Geheimnis. Beim Empfang des deutschen Botschafters in Pretoria sind von den 250 Geladenen etwa die Hälfte weggeblieben. „Fast alle unsere schwarzen Gesprächspartner“, grämt sich Kulturattaché Klaus Bönemann.

Für die Glaubwürdigkeit einer Regierung, die in amtlichen Verlautbarungen und zusammen mit ihrem Verbündeten markig formuliert: „Wir lehnen das Apartheid-Regime ab; es ist nicht reformfähig und muß abgeschafft werden“, ist die Strauß-Reise ein Bärendienst.

Winnie Mandela, seit der Haft ihres Mannes eine gewichtige Wortführerin der schwarzen Opposition in Südafrika, braucht angesichts solcher Auftritte des CSU-Chefs nicht lange, um ihre Haltung zu korrigieren, man müsse Strauß als „eine Null“ einfach übersehen. In der vergangenen Woche sagte sie: „Die Arroganz seines Auftretens mit den Unterdrückern ist unerträglich und eine

Beleidigung für das Volk. Die Verantwortung für sein Verhalten und die politischen Folgen trägt die Bundesregierung und in erster Linie der Bundeskanzler.“

Dennoch wird Franz Josef Strauß auf keinem der Dutzenden von Protestschildern, mit denen fröhlich singende schwarze Demonstranten am Donnerstag auf der Kaiserstraße in Windhuk gegen ihn demonstrieren, als Rassist angeprangert. Von ungefähr kommt das nicht. Es wäre in der Tat ein schwer haltbarer Vorwurf gegen einen Mann, der sich vor Präsident Joaquim Chissano in Mosambik brüstet, viele „hochrangige“ schwarze Freunde zu haben. Auch in Südafrika trifft Strauß mit einigen zusammen, die in der Münchner

den interessiert. Nach dem Besuch in der verarmten Volksrepublik Mosambik schüttelt ihn noch tagelang der Abscheu über den Ruin dieses einst blühenden Landes, für den er allein den Sozialismus verantwortlich macht, nicht die einstigen Kolonialherren.

„Glauben Sie nur nicht, daß wir 50 Jahre Entwicklungshilfe zahlen, damit wir wenigstens halbwegs den wirtschaftlichen Zustand wieder erreichen, den Sie durch Ihre Revolution kaputtgemacht haben“, fährt Strauß drei brave schwarze Gewerkschafter an, die sich bei Siemens mit ihm treffen. Die drei Männer hatten es zaghafte gewagt, Strauß darauf zu verweisen, daß mit der Apartheid nichts mehr ginge und daß im Bewußtsein der

Bevölkerung die Revolution längst begonnen habe.

„Mit bemerkenswertem Erfolg“, höhnt Strauß und entwirft dann vor dem üppigen Buffet mit Austern, Hummer und Champagner ein düsteres Bild von Not und Tod, Elend und Hunger, Chaos, Gewalt und Niedergang. Wütend stößt er mit herausfahrendem Zeigefinger alle Gegenargumente nieder. „Mit dem Ende von Sicherheit und Ordnung“ begänne auch in Südafrika der Zusammenbruch.

Stets wird sein Ton sarkastisch, trieft seine Stimme vor Hohn und Ironie, wenn ihm jemand mit anderen Argumenten kommt als denen des puren wirtschaftlichen Erfolgs. „Wenn Apartheid die Hölle ist, warum schickt dann Präsident Chissano von Mosambik Millionen seiner

Landsleute aus seinem sozialen Paradies zur Arbeit in die Hölle von Südafrika?“ Die Einstellung des Pragmatikers Strauß hat wenig mit Recht, noch weniger mit Moral, sondern allein mit Macht zu tun.

Daß er dennoch auf seiner zehntägigen Reise gelernt zu haben scheint, daß seine Apartheid-Bemerkungen vorsichtiger, die Kritik an der Praxis deutlicher wird, alle diese veränderten Nuancen seiner Position haben nichts damit zu tun, daß ihn etwa die drei katholischen Bischöfe ethisch gepackt hätten. Nein, Franz Josef Strauß mußte entdecken, daß in Südafrika die Industrie links von der Regierung steht, selbst die deutsche. Und er ist stolz, daß Botha ihm die Freilassung von 100 Gefangenen versprochen hat.



Südafrika-Reisender Strauß: „Ich bin nie ein Neben“

CSU-Zentrale ein und aus gehen: Lucas Mangope und Mangosuthu Buthelezi, Chefs zweier von Südafrika zu „selbständigen Homelands“ hochgejazter Reservate, nicht unkritisch gegenüber der Burenherrschaft, aber hilfreich durch ihren Verzicht auf aktiven Widerstand.

Strauß ist nach Gesprächen mit diesen Männern geradezu enthusiastisch. Denn beide warnen davor, durch revolutionäre Gewalt nicht nur das System, sondern zugleich auch „das phänomenale wirtschaftliche Wachstumspotential dieses Landes“ zu zerschlagen, wie es Buthelezi formuliert.

Hier liegt der Kern des Apartheid-Verständnisses des Franz Josef Strauß. Er ist nicht am Erhalt von rassischen, sondern von gesellschaftlichen Zustän-

An Klarheit und Überzeugungskraft hat seine Haltung durch solche Schwenks freilich weder bei den Regime-Vertretern noch bei den Gegnern gewonnen. Manchmal klingt er bei Fernsehauftritten, als bewerbe er sich um den Friedensnobelpreis. Dann wieder stellt er zynisch alle internationalen Rechtspositionen in Südafrika in Frage: „Ich bin ein freier Mann und ein freier Politiker. Mir kann die Uno nicht vorschreiben, mit wem ich spreche.“

Daß eine Aura von Unseriosität, ja Hochstapelei seine Auftritte umgibt, hat aber weniger damit zu tun, daß Helmut Kohl ihm kaum mehr als seine guten Wünsche mit auf den Weg gegeben hat. Es liegt vielmehr an der Person des Franz Josef Strauß, der sich plötzlich in einer Traumsituation sieht, aber wie ein Traumtänzer reagiert.

Man muß diesen Mann bei seinen Ankünften erleben, um eine Ahnung zu bekommen, was diese Reise für ihn bedeutet. Wie immer in Augenblicken unverstellten Entzückens erinnert der massige Bayer an ein glückliches Kind. 72 Jahre alt ist Franz Josef Strauß jetzt, stets hat er vergeblich versucht, Kanzler zu werden oder wenigstens Außenminister. Jetzt aber, spät, doch gerade noch im richtigen Augenblick und am rechten Platz, sieht er seine Stunde gekommen, angefeuert von allen, die sich etwas von ihm versprechen.

Staunend erleben sie einen Weltpolitiker aus der deutschen Provinz, der alles weiß, und zwar besser und von Anfang an – und der immer recht behalten hat. Strauß schüttelt sowjetische Friedenspläne aus dem Ärmel, die dann keine sind, handelt Projekte aus, die niemand schützen kann, entwirft das Szenario einer internationalen Konferenz über das südliche Afrika, von der niemand weiß, wer denn nun wann mit wem unter welchen Voraussetzungen über was verhandeln soll.

Ist das Neben-Außenpolitik? „Ich bin nie ein Neben“, sagt der bayrische Ministerpräsident hoheitsvoll. Er tritt zugleich als Super-Kanzler und Über-Außenminister auf. Er reist mit seinem Gefolge durch Afrika wie der Elite-Fußballklub Bayern München durch das Ruhrgebiet. Nur hat Franz Josef Strauß nicht den Fußball erfunden, sondern den Erdball.

Eine Spur von persönlicher Tragik mischt sich mit viel Grotteske zu einem absurden Stück deutscher Außenpolitik. Denn mitbringen wird Franz Josef Strauß neben dem Geweih einer kapitalen „Eland“-Antilope nichts als ein frisch gefülltes Schatzkästlein mit ewigen Afrika-Weisheiten. Der Bundesregierung steht eine Erfahrung bevor, die des Kanzlers Botschafter nach seinem Gespräch mit Präsident Chissano in Maputo so zusammenfaßt: „Danach war ich natürlich genauso verwirrt wie vorher, nur auf höherer Ebene.“

BUNDESBANK

Gehöriger Schrecken

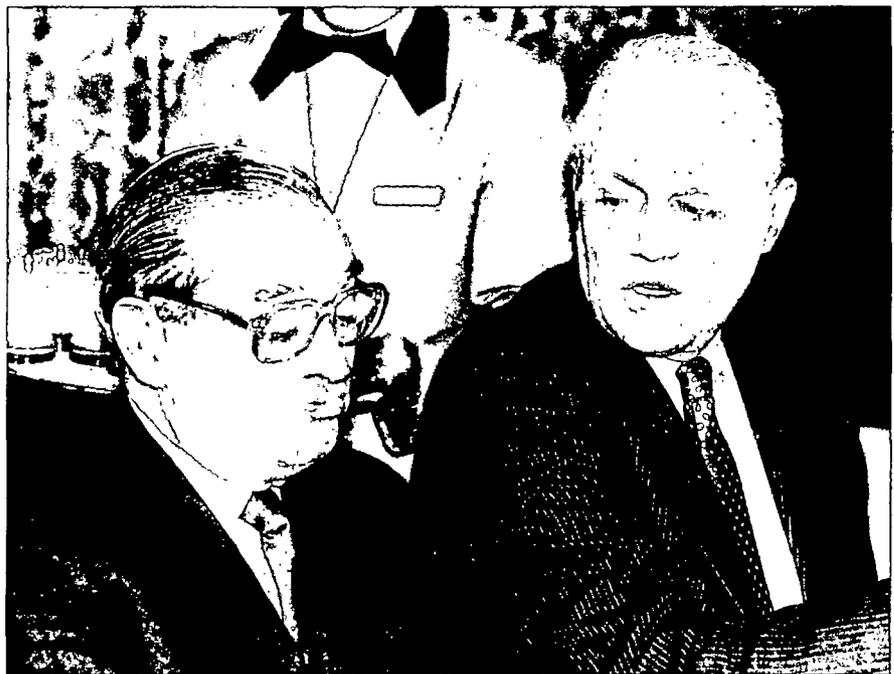
Aufregung um den Geldhort der Deutschen: Verliert die Bundesbank ihre Unabhängigkeit?

Der Beifall für den Vortragenden war zurückhaltend, wie es sich für ein feines Publikum auf dem Neujahrsempfang einer deutschen Industrie- und Handelskammer (IHK) geziemt.

Nur einmal führten die Gäste der IHK Frankfurt, die vergangenen Mittwoch im „Forum“ der Messe dem Kammerpräsidenten Hans Messer lauschten, besonders eifrig die Hände. Es gab Ovationen, als Messer sich pointiert für einen Frank-

In Zukunft, so ergänzen Deutsche und Franzosen das Vertragswerk von 1963 völkerrechtlich verbindlich, wird in einem gemeinsam beschickten Finanz- und Wirtschaftsrat nicht nur die Wirtschaftspolitik beider Länder, sondern auch die Währungspolitik soweit wie möglich abgesprochen. Das Vorhaben könnte die unabhängige Stellung der Frankfurter Notenbank gefährden.

Die geradezu überschwengliche Parteinahme für die Bundesbank hat der Bonner Regierung, wie ein Minister eingesteht, einen „gehörigen Schrecken“ versetzt. Mit dem schon übertriebenen Beifall für die Währungswächter wurde deutlich, wie wenig die Bundesbürger gegenwärtig in der Wirtschaftspolitik ihrer gewählten Regierung trauen. Wie stets, wenn das Ansehen der politischen



Währungspolitiker Pöhl, Stoltenberg: Die Franzosen überrumpelten den Kanzler

furter Nachbarn einsetzte. Das Wichtigste sei es, so der Redner, die politische Unabhängigkeit der Deutschen Bundesbank zu verteidigen.

Für Karl Otto Pöhl, einen der Ehrengäste, waren solche Worte nicht neu. Überall, wo der Bundesbank-Präsident in diesen Tagen auftritt, wird er mit besonderer Hochachtung begrüßt. Niemand versäumt es, auf die Bedeutung der keiner Partei, sondern nur der Stabilität der Währung verpflichteten Notenbank hinzuweisen.

Die Lawine der Sympathie hat Helmut Kohl unfreiwillig losgetreten. Ohne Abstimmung mit den Bundesbankern, ohne Vorbereitung in Bonn war der Bundeskanzler vor den Feiern für das 25jährige Bestehen des deutsch-französischen Freundschaftsvertrages auf einen Pariser Wunsch eingegangen, der bei der Bundesbank wenig Verständnis fand.

Führung schwindet, steigt die ohnedies hohe Reputation für die Geld-Beamten in Frankfurt.

Karl Otto Pöhl, im neunten Jahr im Amt, hat Ähnliches schon einmal erlebt. Als die sozialliberale Regierung Schmidt Anfang der achtziger Jahre Schwächen zeigte, da blickten die Deutschen um so freundlicher auf das verlässliche Institut, das über ihr Geld wacht.

Umfragen der Bundesbank, nur für die eigene Ergötzung angefertigt, haben bestätigt: Die Frankfurter Zentralbank hat wieder einmal ein ungewöhnliches Ansehen erreicht, ihr Präsident genießt einen höheren Bekanntheitsgrad als die meisten Bonner Politiker.

Und jetzt auch noch der neue Prestigegewinn durch den Streit über die Autonomie. Bei der Vorbereitung des Jahrestages, an der auch Pöhl beteiligt war, hatte alles ganz harmlos geklungen. Zwischen Bonn und Paris sollte per Regie-